

1 Das Fiasko der Bundespräsidenten – Wahl

Absurdes Theater in der Politik ist nicht neu. Doch die Bundespräsidentenwahl 2010 macht für jedermann offenkundig, welche hinterfotzige Rolle die Parteien spielen. Ihre anmaßende Macht ist eine Gefahr für die Demokratie.

Von Marie Ringel

1.1 Parteiengerangel um die Macht

Die linken Parteien (SPD und Grüne) stellten einen konservativen Kandidaten auf, die Regierungsparteien (Liberale und Konservative) einen linkslastigen Parteikarrieristen. Dem gegnerischen Lager wollte man auf diese Art und Weise möglichst viele Stimmen abjagen. Welcher der Kandidaten für das Amt des Präsidenten in Deutschland – immerhin ist es die viertgrößte Volkswirtschaft der Erde – besser geeignet ist, das wird bei diesem Machtgerangel zur Nebensache! Um die Vorstellungen des Volkes brauchen sich die Parteien im Prinzip gar nicht zu kümmern. Das hat der Parlamentarische Rat, ein von den Westalliierten Siegermächten einberufenes Gremium, 1949 so in der (als Provisorium gedachten) Verfassung verankert. Es gilt noch heute. Ob dieses Verfahren in einer Demokratie legitim sein kann, wo doch das Volk der Souverän ist, bekümmert die Parteien nicht. Dem Buchstaben nach handeln sie legal. Trotzdem legten SPD und Grüne diesmal großen Wert auf die Feststellung, dass ihr Kandidat (Gauck) bei der Bevölkerung die Stimmenmehrheit erzielt hätte.

Da drängt sich natürlich die Frage auf, warum die Bundespräsidentenwahl nicht gleich dem Volk überlassen wird? **Hätten die Parteien die selben Kandidaten auch aufgestellt, wenn das Volk den Bundespräsidenten zu wählen hätte?** Die Frage wird man mit Sicherheit verneinen müssen, denn die beiden Gruppierungen hätten dann eine Person aufgestellt, die ihrer Weltanschauung und nicht der generischen näher stünde. Danach hätten beide Kandidaten beim Volk mit ihrer Person und mit ihren persönlichen Wertvorstellungen werben müssen. Bei dem jetzigen Verfahren aber bekommt das Volk den Präsidenten, den die Parteien für ihre Zwecke am geeignetsten halten. Und der Zweck ist die Machterhaltung bzw. die Machterlangung, weshalb es galt, dem gegnerischen Lager möglichst viele Delegierten abzujagen. Dabei hatten natürlich SPD und Grüne mit Joachim Gauck ein „Trumpf-As“ auf den Tisch gelegt, wohingegen der Kanzlerin mit Christian Wulff, dem am äußersten linken Rand angesiedelten Parteikarrieristen aus Niedersachsen, kein „großer Wurf“ gelungen war. Die Unzufriedenheit der Delegierten von FDP und Union über die Kür des zweitbesten Kandidaten war deshalb verständlich. Man musste kein Prophet sein, um vorauszusagen, dass die Regierungsparteien die absolute Mehrheit zunächst verfehlen würden.

Erst nachdem Roland Koch, der scheidende Hessische Ministerpräsident, der sich angeblich vollkommen aus der Politik zurückziehen will, den Unionsdelegierten eingehämmert hatte, dass es bei dieser Wahl um Sein oder Nichtsein für die Regierung, aber auch für sie selbst um ihre einträglichen Pfründe ging, die sie der Partei verdanken, lenkten die Widerspenstigen ein. Im dritten Wahlgang erhielt Christian Wulff deshalb sogar die absolute Mehrheit.

In arge Gewissensnöte waren auch die Delegierten der Linken gekommen. Ihnen stand der linke CDU-Mann weit näher als der konservative Gauck, der ehemalige Beauftragte zur Aufdeckung der Stasi-Straftaten. Auch diesen „Sprengsatz“ hatten SPD und Grüne mit Bedacht ausgewählt, sie wollten von der Linken nicht nur die Stimmen für ihren

Kandidaten, sie wollten den gefährlichen Gegner um Wählergunst gleichzeitig spalten. Aber die Linke tappte nicht in die Falle, weshalb SPD und Grüne in deren Verstocktheit den Beweis sahen, dass sie (noch) nicht regierungsfähig seien. Die Enthaltung der Linken im dritten Wahlgang war gleichbedeutend mit der Wahl des CDU-Mannes Wulff. Dieses Verhalten wird zur Folge haben, dass diese Partei ihr Wähler-Klientel aus dem linken Spektrum in nächster Zeit nicht mehr großartig wird steigern können. Der Stachel der Spaltung hat sich trotzdem bei ihnen festgesetzt.

Dem ganzen Spektakel konnten die Deutschen am 30. Juni 2010 über den Staatssender Phönix im Fernsehen direkt beiwohnen. Auch das hat gewirkt, denn alle Parteien haben ein weiteres Mal Vertrauen im Volk eingebüßt. In der Weimarer Republik war die Entwicklung nicht anders. Die Fernsehmoderatoren versuchten das offenkundige Desaster der Regierungskoalition herunterspielen. Sie wollten das Debakel auf persönliche Revanche-Motive bei einzelnen Delegierten im Regierungslager reduzieren. Doch das ist ein untauglichere Versuch, von der grundsätzlichen und stetig anwachsenden Unzufriedenheit der Deutschen mit den Parteien abzulenken.

1.2 Hilflöse Rechtfertigungsversuche der Medien

Noch peinlicher wirkten die Klitterungsversuche der „Star-Kommentatoren“ der überregionalen Presse in Deutschland, die aus den Vorgängen gar eine Stärkung der Position des neuen Bundespräsidenten erkennen wollen. Damit machen sie sich selbst unglaublich und beweisen, dass sie sich in gleicher Weise wie die Politiker-Kaste dem Volk immer mehr entfremden.

So schreibt Berthold Kohler in der FAZ vom 01.07.2010, *„Die Parteiendemokratie ist nicht so schlecht, wie sie sich derzeit selbst macht“*, und es sei von großem Vorteil, dass Christian Wulff *„über das Innenleben der Parteien Bescheid wisse“*¹ Einen Tag später titelt Günther Nonnenmacher in der gleichen Zeitung seinen Kommentar dreist: *„Ein unbeschädigter Bundespräsident“*², obwohl doch gerade das Wort „unbeschädigt“ verrät, dass der neue Bundespräsident gerade das nicht mehr sein kann, wo doch allzu viele Delegierte aus dem eigenen Lager bewiesen haben, dass sie ihn nicht wollten und nur durch inständige und wiederholte Appelle auf die Parteilinie eingeschworen werden konnten. Nonnenmacher weist auch den Eindruck zurück, dass die Delegierten durch die *„Existenzfrage unter unziemlichen oder gar verfassungswidrigen Druck gesetzt“* worden wären. Doch auch diese bloße Behauptung lässt sich widerlegen, wenn man fragt, wie die Delegierten denn abgestimmt hätten, wenn sie ihre Stimme in einer allgemeinen Wahl mit dem übrigen Wahlvolk hätten abgeben können und damit nicht ihre „Existenzfrage“ verbunden gewesen wäre?

Auch das Argument, dass die Bundespräsidentenwahl den Parteien und nicht dem Volk übertragen wurde, weil die Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung dem Volk nach den Erfahrungen aus der Weimarer Republik misstrauten, will man in der FAZ – Redaktion nicht gelten lassen. Diese Regelung will Stefan Dietrich auf die Einsicht zurückzuführen, dass die *„Kontrolle der Regierungsgewalt besser in den Händen des Parlaments und des Bundesverfassungsgerichts als in denen einer einzelnen Person an*

¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 01.07.2010 Seite 1.

² Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 02.07.2010 Seite 1. Einen Tag später bezeichnet Stefan Dietrich den neuen Bundespräsidenten sogar als „Präsident erster Wahl“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 03.07.2010 Seite 1).

*der Spitze des Staates aufgehoben ist“.*³ Doch diese Argumentation ist so offensichtlich „an den Haaren herbeigezogen“, dass man sich direkt schämt, sie widerlegen zu müssen. Denn (1) im Parlament haben jene Parteien die Mehrheit, die auch die Regierung stellen und die werden und können die eigene Regierung nicht kontrollieren oder zurechtweisen. (2) Und das Bundesverfassungsgericht wird von den Parteien im gegenseitigen Proporz (paritätisch) besetzt, seine Entscheidungen waren immer wieder von der Zusammensetzung des jeweiligen Senats abhängig. Es hat auch nur (3) die Möglichkeit, formale Rechtsverstöße der Regierung zu reklamieren. Wiederholt hat es in seinen Entscheidungen darauf hingewiesen, dass es nicht befugt ist, den politischen Spielraum von Regierungsentscheidungen einzuschränken.

Demgegenüber hat der Präsident in einer Demokratie die Aufgabe der politischen Aufsicht und der politischen Kontrolle. Dieses Kriterium hat im gesellschaftlichen und beruflichen Leben erhebliche Bedeutung: Leitende Funktionen, wie z.B. in einer Klinik, bei einem Gericht oder an einer Universität oder Schule werden exzellenten und erfahrenen Persönlichkeiten übertragen – obgleich auch hier schon die Parteien in unverschämter Weise ihre Parteigänger mit Posten und Ämtern versorgen. Aber hier, im Falle der Bundespräsidenten-Wahl kommt ein weiterer schwerwiegender Systemfehler zum Tragen: Aufsichtsorgane dürften in keinem Fall von jenen Personen berufen oder ernannt werden, die es zu beaufsichtigen hat. Das ist genau der Konstruktionsfehler bei der Bestellung des Bundespräsidenten in Deutschland. Die Parteien ernennen letztendlich das Staatsoberhaupt, dessen wichtigste Aufgabe die Kontrolle derer ist, die ihn küren! Spätestens der Rücktritt Horst Köhlers vom Amt des Bundespräsidenten hat das Dilemma offenkundig gemacht: Als jene, die ihn gekürt hatten (Merkel und Westerwelle) ihn nicht mehr stützten und ihm in der Öffentlichkeit keinen Rückhalt mehr gewährten, sah er sich gezwungen, zurückzutreten,

Es wäre eine Frage der Vernunft, nicht funktionsfähige Organisationen zu reformieren. Aber wer sollte das initiieren? Die Parteien haben kein Interesse, ihre eigenen Machtbefugnisse selbst zu beschneiden!

1.3 Christian Wulff bekennt Farbe

Nach seiner Wahl und Vereidigung erläuterte Christian Wulff in seiner Antrittsrede sein Selbstverständnis in seinem neuen Amt.

Als Erstes würdigte er die politische Arbeit der Parteien, womit er zu erkennen gab, dass er sich von seinem Amtsvorgänger Horst Köhler klar unterscheidet, der es ja gewagt hatte, gerade die Arbeit der Parteien zu kritisieren. Seine eigentliche Aufgabe als Präsident, die Kontrolle von Regierung und Parteien steht demnach nicht im Vordergrund. Er wolle sich dagegen für eine bunte Republik Deutschland einsetzen und „*Brücken bauen*“ und dann zählt er auf: „*zwischen „Jung und Alt, zwischen Menschen aus Ost und West, Einheimischen und Zugewanderten, Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Arbeitslosen, Menschen mit und ohne Behinderung.*“ Man müsste ihn eigentlich fragen, ob das nicht elementare Aufgaben der Politik seien, die zum Selbstverständnis eines „Streetworkers“ oder Sozialarbeiters, aber nicht zum Aufgabenbereich eines Bundespräsidenten gehören.

Ganz unvermittelt fragt er dann: „*Wann wird es bei uns endlich selbstverständlich sein, dass unabhängig von Herkunft und Wohlstand alle gleich gute Bildungschancen*

³ Stefan Dietrich in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 03.07.2010 Seite 1

bekommen?“ Diese anmahrenden Worte mögen einem Kirchenmann gut anstehen oder in einem Abiturienten-Aufsatz angemessene Wirkung erzielen, aber ein Ministerpräsident Niedersachsens, der jahrelang alle Möglichkeiten gehabt hatte, die beklagten Mängel zu beheben, macht sich unglaubwürdig, wenn er beklagt, was er die ganze Zeit schon hätte ändern können. Im übrigen ist seine Klage nicht neu, sie geht davon aus, dass, wenn die Menschen schon nicht alle gleich sind, sie von der Politik alle gleich gemacht werden sollen. Ein Weltbild, das die fortschrittlichen Köpfe seit anderthalb Jahrhunderten schon bewegt hat. Doch Wulff erweitert den alten Sermon um eine moderne Variante, wenn er fragt: *„Wann wird es selbstverständlich sein, dass alle Kinder, die hier groß werden, auch die deutsche Sprache beherrschen?“* Warum fragt er nicht, wer denn die Kinder, die hier groß werden, hindert, die deutsche Sprache zu erlernen? Oder, wie ist es möglich, dass hier Kinder aufwachsen, die die deutsche Sprache gar nicht lernen wollen?

Für seine Worte erhielt der CDU-Mann anhaltenden Applaus von den Abgeordneten der Grünen und der SPD. Die Unionsabgeordneten verharrten zunächst in betretenem Schweigen. Hätten sie ihn auch gewählt, wenn er diese seine Absichten und Wertvorstellungen schon vor der Wahl kundgetan hätte? Und wie denken wohl die vielen Wähler der Unionsparteien jetzt, da Wulff „die Katze aus dem Sack gelassen hat“, über die mit ihrer Stimme entsandten Delegierten, die diesen Mann zum Bundespräsident gewählt haben? Können sie diesen Menschen und ihrer Partei künftig noch vertrauen.

So mancher Delegierte mag jetzt bereuen, dass er gegen sein Gewissen sich von der Parteispitze hat umstimmen und umbiegen lassen. Die Führungsriege der Unionsparteien hat – wie in letzter Zeit so oft – die falsche Entscheidung getroffen. Jetzt sehen das auch die Blinden. In einer Volkswahl wäre Christian Wulff nie zum Präsidenten gewählt worden. Doch diese freie Volkswahl scheitert an der Macht der Parteien.